

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedwelmäßige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 29. November d. J. die Wahl des Universitäts-Professors Med. Dr. Joseph Mayer, zum Präsidenten der Kärntner Gelehrten-Gesellschaft für das Jahr 1862 allergnädigst zu genehmigen geruht.

Das Justizministerium hat den disponiblen Kommissärgerichtsrath Johann Stuchez aus Balassa Gyarmath über sein Ansuchen zum Kreisgerichtsrath in Gills ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Rede Brolich's.

Gehalten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 2. Dezember.

(Schluß.)

Jedes Gesetz muß vor Allem einen bestimmten Zweck haben, und wenn es diesen Zweck hat, so glaube ich, soll es also auch die tauglichsten Mittel zur Erreichung des Zweckes wählen. Denn ich huldige gewiß nicht dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt das Mittel“, und ich glaube, auch das hohe Haus wird diesem Grundsatz nicht huldigen. Wenn man nun aus der Erfahrung entnehmen muß, daß bei den Bezirksämtern, so sehr man auch die missliche Lage der Beamten berücksichtigen will, so sehr man bemüht ist, stets ihre Subsistenz zu verbessern, zu erleichtern, der Lage der Beamten und auch dem Publikum Rechnung zu tragen, dadurch ein Chaos bewerkstelligt würde, so glaube ich, daß ein solches Gesetz die tauglichen Mittel nicht gewählt hat, um den Zweck zu erreichen.

Ich sehe wohl ein, daß die Trennung der Justiz von der Verwaltung sehr wünschenswerth sei, allein, wenn sie geschehen soll, so muß sie auch so durchgeführt werden, daß der Zweck erreicht wird, nämlich die schnelle und gute Versorgung der Justiz und daß durch die Erreichung dieses Zweckes nicht andere größere Uebel hervorgerufen werden.

Man scheut hier, wie ich aus dem Berichte entnehme, insbesondere die Kostenfrage. Ja, meine Herren, ohne Kosten geht gar nichts. Will man etwas Gutes hervorbringen, so muß man die Kosten nicht scheuen, man solle die Verichte förmlich organisiren. Allein ich glaube, daß dem Antrage des Ausschusses nicht so sehr die Kostenfrage vor Augen gestanden sei, als die Sorge, daß er bei Eingebung der bezirksgerichtlichen Organisation eine kleine Inkonsequenz dadurch begehe, daß wir eine ministerielle Vorlage, nämlich die Justiz-Organisation abgelehnt haben, worin unbedingt ausgesprochen wurde: Die Justiz werde von der Verwaltung getrennt.

Nun hätten wir die Justiz-Organisations-Vorlage angenommen, so wäre natürlich auch dadurch dem gegenwärtigen Gesetze vorgebeugt und die Trennung der Justiz von der Verwaltung ausgesprochen und der jetzt angestrebte Zweck vollends erreicht.

Nachdem aber nun, wie gesagt, ohne Kostenfrage der Zweck nicht erreicht werden kann, so gehe man also auch in diese ein. Man trenne die Justiz von der Verwaltung, bestimme aber dagegen, auf welche Art dieses geschehen soll, nämlich durch die volle Selbstständigkeit des Richters und dessen Unabhängigkeit von den politischen Beamten und Behörden. Damit er aber vollständig unabhängig ist, gebe man ihm auch ein eigenes Personale. Nur dadurch ist die eigentliche Trennung der Justiz von der Verwaltung möglich, nur dadurch wird der Zweck erreicht, sonst ist das Streben nur Chimäre. Ich will jedoch in dieser Beziehung einen besondern Antrag nicht stellen, glaube aber, daß sich der Ausschuß vielleicht selbst bewegen finden könnte, die Lösung dieser Frage, wie die Justiz von der Verwaltung getrennt werde, nochmals in Erwägung zu ziehen.

Ich erwähne noch des dritten Paragraphes bezüglich der Disziplinar-Angelegenheiten. Da heißt es nun hier: „Insbesondere bei Ausfüllung der Qualifikationstabelle haben sich beide Vorsteher ins Einvernehmen zu setzen; die bezüglichen Erlasse sind von beiden zu fertigen.“

Ja, meine Herren, bei solchen Reibungen, die unausweichlich sind, wird oft ein Beamter von einem Vorsteher in Schutz genommen, während der Andere ihn verfolgt oder dessen Versetzung wünscht. Wenn es sich nun um die Ausfüllung der Qualifikationstabelle handelt, so wird ihn der Eine lobend hervorheben, während ihn der Andere herunter waschen wird (Heiterkeit); das wird eine schöne Wirklichkeit werden! Wenn nun solche Reibungen eintreten werden, weiß ich nicht, wie ein Einverständnis zwischen beiden Amtsvorstehern möglich ist. Ich will aber die Sache auf das Praktische führen. Jeder von den Herren, der eine Fabrik besitzt oder sonst ein bedeutendes Etablissement hat, soll nur den Versuch machen, soll den Fabrikarbeitern zwei Herzen aufstellen und jedem davon die Vollmacht geben, über das Personale zu verfügen, so bleibt ihm in 14 Tagen kein Mensch mehr da. Und wenn man dann fragt warum? so wird es heißen: „Es ist hier nicht zu dienen, es sind zwei Herren da, thut man dem Einen recht, so ist es dem Andern nicht recht.“ Das ist die praktische Anschauung. Das soll nun Jeder probiren, so wird er es finden. Das Gute wäre freilich, wenn man die jetzt bestehenden Landes-Kommissionen, ohne daß man dieses Gesetz einführt, beseitigen könnte; denn die Landes-Kommission ist wohl diejenige, wo der Justizbeamte selten die gleiche Würdigung, wie der politische findet. Die Stimmenmehrheit ist bei den Landes-Kommissionen offenbar die der politischen Beamten, da der politische Landeschef auch noch Vorsitzender ist, daß hier also die Meinung der politischen Beamten und des Landeschefs offenbar immer den Vorzug hat, das ist gar keine Frage.

Ich will nur noch hier zum Schlusse bemerken, daß der Ausschuß zur Erlassung oder Festsetzung dieses Gesetzes wohl auch noch den Grund haben könnte

Fenilleton.

Laibacher Wandereien.

(Ein zäher Winter — Die Alpen — Reise-Erinnerung — Bad Vellach — Theueres Licht — Unglücksfall — Noch ein Mal die Quartett-Produktion — Aus dem Theater.)

Der Winter läßt sich bis jetzt sehr bescheiden und zahm an; er peinigt uns nicht durch allzu große Kälte und überschüttet uns nicht mit Massen von Schnee. Die letzten Tage waren sogar herrlich zu nennen; der Himmel glänzte wie ein Stück Lapis lazuli, die Sonne streute ihre goldenen Strahlen auf die gefrorene Erde und spiegelte sich in den Eiskrystallen, die vor ihrem Anblick sich in Thränen auflösten; es fehlte nur ein südliches Lüftchen, und man hätte den Dezember für März halten können. Am prächtigsten nehmen sich in diesen winterlichen Tagen die Alpen aus, die auch noch nicht ganz in Schnee gehüllt sind und nur auf ihren Schultern den weißen Hermelinfragen tragen. Ihr Anblick gewährt einen schönen Genuß, der noch gesteigert wird, wenn er sich mit der Erinnerung an einen Besuch der Bergkolosse verwebt. Dort — links von der Kotschna, tief, tief im Hinterlande, ragen zwei Schneehäupter hervor — Virneg Grinlovo und Seeburg — zu den Füßen dieser Berge liegt der reizende Thalkeßel genannt das Seeländer Becken, und der allerliebste Badeort Vellach. Es war auch ein sonniger Tag, aber warm, sehr

warm, als wir dem Gebirgsbade einen Besuch machten. Wir kamen hoch vom Gebirge her und freuten uns, als wir in dem einsam gelegenen Badeorte eine Laibacher Familie trafen, die uns sehr freundlich in ihren Kreis zog. Wir dinirten zusammen und besahen dann die Badeanstalt, die verschiedenen Brunnen mit dem eisenhaltigen Sauerling, gingen auf die Kanzel, von wo man einen Blick in die Vellacher Kotschna genießt, spazierten in dem schattigkühlen Park längs dem rauschenden Bache Vellach, der eigentlich Bela heißt, und genossen die reizende Umgebung des tief in einer Thalschlucht liegenden Badeortes in der lebenswürdigsten Gesellschaft. Vellach ist kein Luxusbad, kein Ort, den die hant volée und hant finance Englands und des Continents besucht, um Pfundnoten, Rubel und Guldencheine der Götin Mode zu opfern; Vellach ist kein Badeort, wo die raffiniertesten Genüsse der Welt geboten werden und die Verschwendung ihren Thron aufgeschlagen hat. Vellach ist ein einfaches, in seinem Komfort sogar noch etwas primitives Bad, wo Niemand seine Toilette mehr zur Schau trägt, als die herrliche Natur; wo Niemand größere Verschwendung treibt, als die Natur mit ihren Reizen; wo kein anderer Spielisch existirt, als der grüne der Wiese; wo nichts raffinirter ist, als die vom Gebirge herwehende Luft; wo nichts so verführerisch ist, als der stille, kleine, kühle Park; wo nichts luxuriöser ist, als die Berge in der Abendsonne — sie triefen von Gold. Wir gingen in die Kotschna, etwa eine Stunde weit. Vor einem Bauernhause auf einer fast bis zum Fuße der Berge sich ausdehnenden grünen Wiese saßen wir an einem schlichten Tische; auf

demselben war Milch, Butter, Schwarz- und Weißbrot, eine schöne Frau machte die Honneurs, sie hatte die „Jause“ arrangirt. Trefflich schmeckte uns das Wohl im Anblick der großartigen Alpennatur und gewürzt von der heitersten Unterhaltung. Die Kotschna ist der schönste Punkt in Vellach's Umgebung; der malerischste aber ist oberhalb des Badeortes selbst, beim Bauer Potess. (Die Badegäste korumpiren den Diminutiv „Potessl“ gewöhnlich in „Badesl“.) Von hier aus überblickt man das ganze Vellachthal, sowohl die Parthie noch der Kotschna, als auch jene, die nach Kappel führt. An der Straße, die nach Kappel führt, haben die Bauern einen riesigen St. Christoph rechts an den Felsen malen lassen, der mit seiner rothen Weste und gelben Rock weithin sichtbar ist, und so eine wunderliche „Verschönerung“ der Natur bildet. Die Sonne war eben im Scheiden begriffen, ihre goldenen Strahlen umflutheten die Grotte und Spitzen der Alpen, immer röther glühten die grauen Felsen und Faden, dunkler ward es im Thal, ein violetter Dufte lagerte sich auf der Gegend — ganz wie jetzt, drüben an den Steiner Alpen, nur daß es damals — viel wärmer war und wir in lebenswürdiger Gesellschaft die Wunder der Alpennatur genossen, — während jetzt der Fenilletonist einsam durch die Lattenmanns-Allee wandelt und in seinen Erinnerungen kraut, unter denen Bad Vellach ihm eine der liebsten ist.

Von seinen Erinnerungen zu zehren, ist übrigens in gegenwärtiger Zeit noch das Billigste. Zu all den verschiedenen theueren Objekten, deren der Mensch zu seiner Existenz und zum Behaglichmachen des Lebens

daß er gleichsam an die Beschlüsse des Hauses gebunden ist. Nach meiner Ansicht ist der Ausschuss nur gebunden, gesetzliche Bestimmungen zu proponieren, festzusetzen, und darüber Bericht zu erstatten. Er ist nur gebunden, ein Gesetz in Antrag zu bringen, die diebställigen Modalitäten anzugeben und für den Fall, als er glaubt, es sei nicht opportun, es seien andere Anstände, so kann er den Antrag sogar ablehnen, kann sagen: Der Ausschuss hat gefunden, in diesen Antrag nicht einzugehen. Also darum glaube ich nicht, daß der Ausschuss erklären konnte, es seien ihm keine anderen Mittel zu Gebote gestanden, als auch ein schlechtes Gesetz zu beantragen. Eine förmliche Organisation wollte man vermeiden, ein Gesetz sollte dennoch erlassen werden, wo man nicht Alles haben kann, gibt man etwas; allein ein halbes Gesetz ist meiner Meinung nach immer ein ungenügendes, ein schlechtes Gesetz. Indem ich nun, wie ich es schon hier ausgesprochen habe, das Wort nur gegen das Gesetz bezüglich der Trennung der Justiz von der Administration bei den gemischten Bezirksämtern ergriffen habe, übergehe ich das andere Gesetz bezüglich der Strafgewalt der politischen Behörden mit Stillschweigen.

Ich muß jedoch, da ich das Gesetz als durchaus praktisch unausführbar erkläre, und vielmehr, wenn dieses Gesetz in Wirksamkeit kommen sollte, befürchten muß, daß es nicht bloß seinen Zweck nicht erreicht, sondern auch noch größere Uebelstände hervorruft, den Antrag auf motivirte Tagesordnung stellen, und zwar in diesem Sinne:

„Das hohe Haus wolle beschließen: In Erwägung, daß sich der sogleichen Trennung der Justiz von der Administration, wenn dieselbe nicht zugleich mit einer förmlichen Organisation der Gerichte verbunden wird, in der Ausführung so große Hindernisse entgegenstellen, daß der beabsichtigte Zweck gar nicht erreicht würde; in Erwägung, daß eine baldige Justiz-Organisation vom hohen Ministerium ohnehin in Aussicht gestellt und durch das Insultenreten der in Kürze zu gewärtigenden Gemeindeordnung obnehin die politische Verwaltung wenigstens zum größten Theile an die Gemeinden übergehen wird, und sohin die Trennung der Administration von der Justiz von selbst erfolgen muß, wird in vollster Anerkennung des Grundsatzes der unbedingten Trennung der Justiz von der Administration über den Gesetzentwurf, betreffend die Trennung der Justiz von der Administration“ zur Tagesordnung übergegangen.

Korrespondenz.

Klagenfurt, 1. Dezember.

|| Nachdem jetzt mit Feststellung des Präliminars des Landes- und Grundentlastungsfonds für das Jahr 1862 Seitens des Landesausschusses der wichtigste Theil der Aufgabe desselben erledigt ist, gestatten Sie mir wohl, daß ich die Hauptmomente seiner Thätigkeit, welche auch für die Leser in unserem lieben Nachbarlande nicht ohne Interesse sein dürften, kurz resumire.

bedarf, und die bekanntlich Legion sind, ist nun auch noch das Gas gekommen. Die Konsumenten sind nicht wenig betroffen, die verschiedenen Rubrikfüße des verbrauchten Leuchtstoffes in Silber zahlen zu müssen, wodurch die Beleuchtung um das Doppelte theurer wird, als die frühere. Es heißt, die Gassirection werde das Gas billiger geben, wenn der Verbrauch ein allgemeinerer und größerer werde. Wenn aber, wie einige Konsumenten zu thun beabsichtigen, hie und da auf das neue Licht verzichtet und zum Del zurückgekehrt wird, so wird ein Billigerwerden sobald nicht eintreten.

Ueber das musikalische Ereigniß der Woche, über die Quartett-Produktion, haben wir schon berichtet. Erwähnen wollen wir nur noch, daß es vorzüglich den Bemühungen des Herrn Redwed zu danken ist, daß uns diese musikalischen Genüsse geboten wurden.

Auch aus dem Theater haben wir ein Ereigniß, wenn man es so nennen will, zu melden, die Ausführung des Feenmärchchens „Das Donauweibchen.“ Diese alte Operette, bei unsern Vätern und Großvätern sehr beliebt, obgleich unserm Geschmacke gar nicht mehr zusagend, enthält dennoch viel musikalisch Schönes, und der gebildete Musiker wird immer mit Interesse die, einem nun überwundenen Standpunkt angehörigen Gesangs- und Accompanimentsstellen verfolgen. Der Komponist, Kauer, Mitte des vorigen Jahrhunderts Kapellmeister in Wien, war einst wegen dieser Operette sehr beliebt; von seinen 200 Opern hat sich aber keine auf dem Repertoire erhalten, und auch das „Donauweibchen“ ist antiquirt. Und darum nennen wir das Erscheinen derselben auf der Bühne ein Ereigniß. Was die Aufführung betrifft, so war sie bis auf den Schluß passabel; das Haus war gut besucht.

Nachdem am 21. v. Mts. an die Stelle des H. M. Grafen von Thurn-Vallesajna, welcher bekanntlich sein Mandat als Landtagsabgeordneter und Landeshauptmann zurückgelegt hatte, von dem Großgrundbesitzer der Landeshof Franz Freih. v. Schluga gewählt worden war, brachte der darauf folgende Sitzungsbericht des Landesausschusses die Mittheilung, „daß Se. Majestät der Kaiser, nach Kenntnißnahme der Verhandlungen des k. k. Landtages, einige Beschlüsse desselben nicht genehmigt habe.“

Der Landtag hatte bekanntlich es als eine seiner ersten Aufgabe betrachtet, eine Geschäftsordnung zu beraten, wobei unter Anderem eine Modifikation der SS. 35 und 41 der Landesordnung aufgenommen worden war, wonach „selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder früher dem Landeshauptmann schriftlich angezeigt werden müssen (ohne, wie es der S. 35 der Landesordnung will, vorläufig der Ausschussberatung unterzogen zu werden)“. Hieran schlossen sich noch folgende, den genannten Paragraphen erweiternde Bestimmungen: „Abänderungs- und Zusatzanträge können zu jeder Zeit vor dem Schluß der Verhandlungen gestellt, vom Antragsteller begründet und, wenn sie von fünf Mitgliedern unterstützt sind, sogleich beraten werden. Dieselben müssen mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen und werden dem Präsidium schriftlich ohne weitere Begründung übergeben. Der Landeshof hat das Recht, solche Anträge an die Ausschüsse zu überweisen und die Verhandlungen darüber bis zur Berichterstattung des Ausschusses zu unterbrechen.“

Diese Modifikationen der SS. 35 und 41 des Landesstatutes wurde nun — nach einer Mittheilung des Staatsministeriums — von Sr. Majestät dem Kaiser nicht genehmigt, sondern sind die in vorstehender Art modifizirten Paragraphen in ihrer ursprünglichen Fassung vollständig wieder in die Geschäftsordnung aufzunehmen, oder ganz aus derselben wegzulassen, mit der gleichzeitigen Bemerkung, „daß überhaupt die Landesordnung in keiner Weise durch die Geschäftsordnung als alterirt angesehen werden könne.“ Zerner wurde die allerhöchste Sanction einem Paragraphen der von dem Landtage für den Ausschuss beschlossenen „Instruktion“ versagt, welcher bestimmte: „zu einem Beschlusse (über die Funktionsgegenstände des Ausschusses) ist die Anwesenheit des ganzen Ausschusses und die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Auch hat der Ausschuss die Ersatzmänner mit beratender Stimme diesen Sitzungen beizuziehen. Gegenstände von besonderer Wichtigkeit hat der Landesausschuss vorläufig mit Beiziehung von Landtags-Mitgliedern und Sachmännern in einem beratenden Comité zu verhandeln.“ Ebenso wie dieser Paragraph als eine Abänderung der Paragraphen 13 und 42 der Landesordnung zurückgewiesen wurde, geschah es auch mit dem wichtigsten der Beschlüsse des Landtages: „daß zu den Beratungen des Präliminars außer den vier Ausschüssen und deren Ersatzmännern noch vier vom Landtage gewählte Mitglieder einzubeziehen, außerdem aber vom Beginne dieser Sitzungen sämtliche Abgeordnete rechtzeitig zu verständigen und zur Theilnahme an denselben einzuladen seien.“ An die Zurückweisung dieses Beschlusses knüpfte das Staatsministerium gleichzeitig die Aufforderung an den Ausschuss, die Berathung des Präliminars für 1862 ungesäumt vorzunehmen.

Dieser Aufforderung kam der Landesausschuss gegen Ende des vor. Monats auch ungesäumt nach, wobei er durch die Ersatzmänner und vier Landtags-Abgeordnete verstärkt wurde, da die Einladungen zur Bildung dieses Comité's bereits an die betreffenden Mitglieder abgegeben waren, als die obengedachte a. h. Entscheidung eintraf, welche der Ausschuss dem Landtage vorzulegen beschlossen hatte. (Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 4. Dezember. Telegraphischen Nachrichten entnimmt die „Wiener Ztg.“ folgende Einzelheiten über den Aufenthalt Sr. Majestät in Benedig:

„Am 2. Dezember geruheten Se. Majestät die k. k. Generalität und die Stabsoffiziere zu empfangen und sich den hohen Alerus, die Zivil-Autoritäten und Repräsentanten vorstellen zu lassen.“

„Am 3. Dezember Vormittags besuchten Se. Majestät das große Zivilspital und das städtische Armenhaus mit einem Besuche. Um 2 Uhr Nachmittags fand in Gegenwart Sr. Majestät eine große Militärparade auf dem Marsfelde Statt. Auch Se. k. Hoh. der Kronprinz Erzherzog Rudolph war bei derselben an der Seite Sr. Majestät zugegen.“

Abends erschienen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin in dem auf Veranstaltung des Municipiums festlich beleuchteten Apollo-Theater und wurden von dem dichtgefüllten Hause unter den Klängen der Volkshymne mit stürmischen und wiederholten

Affirmationen empfangen. Ueberall drängt sich das Publikum auf den Wegen Sr. Majestät.“

Wien, 4. Dezember. Einem Erlaß des Finanzministeriums vom 29. November zufolge, wird die Portofreiheit der dienstlichen Korrespondenz der Landesausschüsse auf die dienstlichen Geld- und Werthpapier-Sendungen der Landesausschüsse und der denselben unterstehenden landesfälligen Aemter ausgedehnt.

— Graf Franz Zichy, welcher bei der letzten Generalversammlung als Präsident fungirte, hat seine Stelle als Verwaltungsrath der Kredit-Anstalt nie dergelegt.

— Wie die „O. D. P.“ meldet, hat der Klub der „Unionisten“ an den Staatsminister eine Deputation abgesendet, welche die Mittheilung brachte, daß der genannte Klub, der ungefähr hiebzog Mitglieder zählt, beschlossen habe, falls die Budgetvorlage gemacht würde, die Kompetenzfrage als kein Hinderniß der Berathung und Beschlußfassung zu betrachten sei; die Mitglieder des Klubs seien vielmehr bereit, das Budget allsogleich in geschäftsmäßiger Ordnung als eine Aufgabe des Reichsrathes zu behandeln. Herr v. Schmerling soll der Deputation die Eröffnung gemacht haben, daß die Vorlage im Laufe der künftigen Woche nach erfolgter Rückkunft Sr. Majestät des Kaisers stattfinden werde.

— Hinsichtlich des gewesenen Landtags-Deputirten Albrecht v. Remeth, der, wie es heißt, am 27. Nov. in Puszta-Esz verhaftet wurde, liegen nähere Mittheilungen vor, welche insofern von Interesse sein dürften, als dies der erste Fall ist, welcher der kriegsgerichtlichen Prozedur unterliegt. Der Vorgang ist, nach dem „Vaterland“, folgender: „Bei der am 18. Nov. stattgefundenen Komitats-Auflösung in Erlau begab sich das Municipium in corpore zu dem Erb-Obergespan Erzbischof v. Bartakovich, um Abschied zu nehmen, wobei Herr v. Remeth als Sprecher fungirte. Während seiner Ansprache an Se. Excellenz trat ein k. k. Gendarmenlieutenant in den Saal, um die versammelten Beamten zum Auseinandergehen aufzufordern. Herr v. Remeth ließ sich jedoch in seiner Ansprache nicht stören und beendete auch dieselbe. Dem sich entfernenden Offizier rief er noch nach: „Ich heiße Albrecht v. Remeth!“ Das soll die Veranlassung des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens sein. Der Vater des Inkrimirten, k. k. Rittmeister in Pension, verfügte sich auf die Kunde des Vorgefallenen zu dem Statthalter Grafen Palffy, um sich für seinen Sohn zu verwenden. Se. Excellenz ertheilte ihm, wie es heißt, den freundschaftlichen Rath, sein Sohn möge sich über Aufforderung lieber freiwillig stellen. Am 27. begab sich Herr v. Remeth nach Hause, wo er die schriftliche Aufforderung erhielt, sich beim Regiments-Kommando der k. k. Schwarzenberg-Infanterie in Gyöngyös zu stellen, was er auch that. Der ihn begleitende Gendarm wurde vom Herrn Obersten sogleich entlassen. Herr v. Remeth wurde bereits ein Mal verhört und befindet sich auf freiem Fuße. Die Untersuchung wird bei dem genannten Regiments-Kommando geführt.“

Prag, 3. Dezember. Allgemein verlautet das Gerücht, daß der Redakteur der „Nar. list.“ am 1. Dezember allen seinen Mitarbeitern ihre Entlassung zu Neujahr angekündigt hat. Ob der somit eintretende Mitarbeiterwechsel einen Einfluß auf die fernere Haltung des Blattes ausüben, und ob diese Ankündigung eine freiwillige Handlung des Redakteurs oder auf höheren Befehl erfolgte, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Möglich ist es nur eine absichtlich ausgesprengte Unwahrheit, deren Zweck wäre, das stark in Mißkredit gekommene Journal in den Augen des Publikums wieder zu heben.

Der Schulrath Benzig und die Professoren der Realschule, Zap und Majer wurden auf die Statthalterei beschieden, wo ihnen die Erzählung des Tharbestandes betreffs der Adresse an die Polen abverlangt wurde, die sie mitunterzeichnet.

Italienische Staaten.

Turin, 4. Dezember. In ihrer gestrigen Versammlung beschloß die Kammer-Majorität motivirte Tagesordnung, um den Beschluß der Sitzung vom 26. März hinsichtlich der römischen Frage zu bestätigen, im Vertrauen, daß das Ministerium in seiner nationalen Haltung und Organisation des Reiches fortfahren werde.

Kammersitzung vom 3. d. M.: Musolino beschließt seine gestern begonnene Rede mit der Folgerung, daß die Regierung wegen beharrlichen Vertrauens auf Frankreichs Freundschaft entweder pflichtvergeffen sei, oder nicht Einsicht genug besitze, die Bedürfnisse des Landes zu kennen, oder sich zur Befügung einer fremden Macht stellt.

Bezüglich Roms versucht Redner zu beweisen, daß geistige Unabhängigkeit auch ohne weltliche Macht möglich sei; ferner, daß weder der Papst noch Franz II. das Brigantenthum unterstützen, sondern daß dieselbe nur von Seite Frankreichs geschehe. (Wird vom

Präsidenten unterbrechen). Er schließt hierauf mit der Erklärung, das Ministerium habe sowohl in der äußeren als in der inneren Frage Beweise seiner politischen Unfähigkeit gegeben; er spricht somit der bestehenden Regierung sein Mißtrauens-Votum aus.

Proffertio beginnt mit einer Aeußerung des Mißtrauens gegen Frankreich, tadelt Ricasoli, Garibaldi's Lehren, wie man nach Rom gelange, nicht beherzigt zu haben; er tadelt ferner die Regierung wegen ihrer Unthätigkeit in der Bewaffnung und wegen ihres Unanthes gegen die Patrioten, und erklärt: Italien könnte nur durch offene und thätige Gewalt der ganzen Nation geschaffen werden; er tadelt endlich, was in der Administration geleistet worden, die nicht zu rechtferdigenden Ernennungen und Beförderungen, bespricht sodann die Unordnung im Polizei- und Gerichtswesen, den mangelhaften Unterricht, und will über die Wunden der Finanzen lieber schweigen. Er fordert auf, die geistlichen Güter einzuziehen, um die schweren Steuern zu erleichtern.

Hierauf unterwirft Redner Ricasoli's Schreiben an den römischen Hof einer Kritik, und schließt mit der Aufforderung, statt die Diplomatie anzurufen, einig zu den Waffen zu greifen ohne fremde Allianz zu brechen, sich derselben jedoch nicht abhängig zu unterwerfen, das allein wäre der Weg nach Rom und Venedig.

Am Schluß der Sitzung deponirt die Regierung die Akten bezüglich Spaniens.

— Vom 1. Jänner an wird in Turin ein kirchliches Blatt erscheinen, das, wöchentlich ausgegeben, speziell die römische Frage im Sinn der Unterdrückung der weltlichen Gewalt des Papstes behandeln soll. Redakteur des Blattes wird der vielgenannte Pater Passaglia sein; Mitarbeiter die nicht minder bekannten Geistlichen Liverant und Prefetti, und die Patres Jesaja und Prato.

Frankeich.

Paris, 4. Dezember. Der amerikanische Konsul theilt den Journalen ein Schreiben des General Scott mit, in welchem derselbe erklärt, nicht gesagt zu haben, daß er dabei gewesen sei, als Konsul Jassington (wahrscheinlich der Konsul der Vereinigten Staaten auf Havanna) die Gefangennahme der Kommissäre auf dem „Trent“ befahl. General Scott konstatiert die Nothwendigkeit guter Beziehungen zu England. Er glaubt an eine friedliche Lösung.

Türkei.

Scutari (Albanien), 23. November. Wir leben hier in steter Unruhe und Besorgniß, da die Montenegriner nicht nur unsere Umgebungen beunruhigen, sondern auch auf die Stadt selbst einen Handreich beabsichtigen. Auf dem kleinen Dampfer des See's (von Scutari) hatten sich zehn Montenegriner, als Landleute der Umgebung verkleidet, eingeschiff. Sie wurden erkannt und in die Festung eingesperrt. Der Dampfer lief am 20. v. M. bei der Festung Zablak auf den Strand. Der Kapitän, der einen Ueberfall der Montenegriner befürchtete, schiffte eine Anzahl Wafsch-Bozaks aus. Und in der That sah man in der Nacht viele Boote der Montenegriner sich dem Strandsungsplatz nähern — aber das wohlgenährte Feuer der Irregulären trieb sie mit großem Verluste zurück. Die Türken verloren zwei Tode — unter den Verwundeten befindet sich der Kapitän des Dampfers, dem eine Kugel den Hals verlegte. In einer Nacht sollen Montenegriner in unserm Bazar gesehen worden sein, welche ihn anzünden wollten. Die Bewohner der Grenzdistrikt Scutari und Muristi waren hier, um die Gefahr zu schützen, in der sie vor den Einfällen der Montenegriner schweben. Man ließ ihnen Schießbedarf verabreichen, damit sie sich vertheidigen können. Es wäre für unser ganzes Land sehr wünschenswerth, wenn diesem unheilvollen Kampfe, der sonst lange zu keiner Entscheidung führen wird, ein Ende gemacht werde. Es ist ein verheerender Krieg, in welchem kein Theil ein entscheidendes Uebergewicht erringen kann.

Rußland.

St. Petersburg, 27. Nov. Gestern ist unter allgemeiner Theilnahme und mit ganz ungewöhnlichen Ehren die aus Warschau hier angekommene Leiche des Generals Orlowicz zur Ruhe beigesetzt worden. Se. Majestät der Kaiser, mit allen General- und Flügel-Adjutanten, die Großfürsten, der Prinz Peter von Oldenburg, der gewesene Kriegsminister Suchowanetz, kurz Alles, was Petersburg von Bedeutung aufzuweisen hat, war versammelt. Nach der am Sarg gehaltenen Leichenrede des lutherischen Predigers trat der Kaiser in die Kirche, und die Einsegnung geschah noch in seiner Gegenwart. Der Sarg wurde nun von den Generalen gehoben und zur Kirche hinausgetragen.

Der Kaiser folgte dem Sarge, welcher über und über mit Blumen bedeckt, ja vor Blumen gar nicht zu unterscheiden war; dann folgten die Truppen, ein militärisches Honneur, welches nur auf besonderen kaiserlichen Befehl erwiesen wird. Der Kaiser ritt im Zuge mit bis zur großen Marskoe und befahl dann den Truppen, den Sarg bis zur Eisenbahn nach Peterhof zu begleiten, wo in der Nähe von Streenna der Kirchhof des Klosters Troitzko St. Sergius liegt, und wo die Beerdigung stattfand.

Wie die „Ost. Z.“ nach Berichten von Kaufleuten mittheilt, soll in dem vier Meilen von der österreichischen Grenze entfernten Städtchen Opatow am 20. v. M. ein Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung des Städtchens und der dortigen russischen Besatzung stattgefunden haben. Am 8 Uhr Abends des vorerwähnten Tages wurde nämlich ein Kaplan und Prediger dieses Städtchens aus politischen Rücksichten von den Sicherheitsorganen verhaftet. Die übrige Bevölkerung des Ortes, von diesem Vorgange in Kenntniß gesetzt, ließ Sturm läuten und brachte so die ganze Bevölkerung der Stadt in Bewegung. Die Besatzung von 300 Mann Infanterie und 100 Mann Kosaken rückte in Begleitung mehrerer Geschütze der Menschenmasse entgegen und konnten die Ordnung erst des anderen Tages wieder vollständig herstellen.

Nachtrag.

Wien, 4. Dezember. Es verlautet heute mit einiger Bestimmtheit, daß Graf Hartig, Mitglied des Abgeordnetenhauses und früher im diplomatischen Dienste, ausgetreten wurde, den seit der Berufung des Grafen Jorgach zum ungarischen Hofkanzler vakanten Posten des Statthalters in Böhmen einzunehmen.

Wien, 6. Dezember. Das Statut für den Unterrichtsrath hat die kaiserliche Sanction erhalten, und wird am 1. Jänner in Kraft treten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

London, 5. Dezember. Die amtliche Zeitung veröffentlicht in einer Extra-Ausgabe eine Proklamation der Königin, durch welche die Ausfuhr von Wafsen, Munition, Blei und anderen Kriegsartikeln verboten wird.

Turin, 5. Dezember. In der gestrigen Kammer-Sitzung setzte Ricciardi die Divergenz zwischen der Politik Kaiser Napoleons und den Bestrebungen Italiens auseinander, und forderte auf, zu waffnen, da jetzt nur 145.000 Mann bereit sind und zu einem künftigen Kriege 300.000 Mann erforderlich seien. Bezüglich der Finanzen, sagte der Redner, daß das Anlehen von 500 Mill. verzehrt wurde, noch bevor es einkassirt war. Ein neues Anlehen sei wegen der Kreditabnahme unmöglich, fuhr der Redner fort, und tadelte die unnütze Auslage von 1.800.000 Lire für die Florenzer Ausstellung.

Bezüglich des Pazijus, sagte Ricciardi, wurde das Votum der Bevölkerung schlecht verstanden. Die Völker wollten sich nicht an Piemont anschließen, sondern mit Italien verschmelzen und sie werden alle Gesetze des italienischen Parlamentes annehmen, wenn dieses sich in Rom befindet wird. Hierauf bemerkte der Präsident, daß das Parlament italienisch ist, ob es in Rom oder Turin liegt.

Turin, 6. Dezember. Garibaldi soll morgen zurückreisen. Buoncompagni sagte, indem er das Ministerium verteidigte, in der Kammer, man werde Rom nicht vor Venedig haben. Italien wird nach Venedig gehen, wenn es eine Armee von 300.000 Mann haben wird. Ricasoli wird morgen sprechen.

Auszug aus dem Protokolle

über die

zehnte Sitzung des Gemeinderathes in Laibach

am 2ten Dezember 1861.

(Beginn der Sitzung um 4 Uhr NM.)

Vorsitzender: Bürgermeister Michael Ambrosch, Schriftführer: Konzipist Adolf Hofbauer gegenwärtig 21 Gemeinderäthe.

1. Das Sitzungsprotokoll vom 26. Oktober 1861 wird angenommen.

2. Bürgerm.-Stellv. und Referent der Finanz-Sektion Dr. Zhuber verliest den Stadtkasse-Gebahrungsausweis für den Monat November 1861 mit einem Kassareste, als: an Obligationen 20.596 fl. — an Barschaft 4374 fl. 65½ Kr.

Derselbe wird nach einigen erläuternden Bemerkungen von Seite des Vorsitzenden, zur Wissenschaft genommen.

3. Da die Stadtkasse in letzterer Zeit mehrere bedeutende Zahlungen geleistet hat und ihr solches noch bevorstehen, wozu der bare Kassastand nicht hinreicht, während andererseits 20.000 fl. in Obligationen vorhanden sind, und verschiedene Zuflüsse ausbaiten, so beantragt die Finanz-Sektion, daß in der Sparkasse eine Anleihe von 5000 fl. unter Verpfändung einiger Werthpapiere gemacht, dann aber diese Schuld ertheillich, und jedenfalls im Laufe des Jahres 1862 wieder getilgt werde, sobald sich das Verhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben durch die Verminderung der städtischen Arbeiten im Winter wieder günstiger gestaltet. Bei diesem Anlasse macht Referent den Vorschlag, der Gem.-Rath möge die erwähnten 20.000 fl. in Obligationen als ein unveräußerliches Stammvermögen der Kommune erklären, und die Vinkulirung der Staatspapiere auf Namen der Gemeinde Laibach nach Vorschrift des §. 63 G. St., veranlassen.

Die G. R. Lukmann und Heimann sprechen sich gegen eine solche Vinkulirung aus, da diese Maßregel, sowie eine allfällige Devinkulirung mit zu vielen Unständen verbunden sei. Hr. Heimann ist auch gegen eine Anleihe in der Sparkasse. Will man den nöthigen Barfond erhalten, so möge man Lottoscheine in entsprechender Anzahl veräußern; man könne solche später, wenn die Stadtkasse wieder zu ihrem Gelde kommt, abermals einkaufen; die Kursdifferenz werde unbedeutend sein, und sicherlich weniger betragen, als die Interessen für die Sparkasse, weil diese Papiere schwerlich steigen werden.

GR. Horak möchte sämtliche Obligationen veräußern wissen, um mit dem Erlöse wichtigere Gemeindefürsorge zu realisiren.

GR. Dr. Schöppel beantragt die Vertagung der Frage über die Vinkulirung der Obligationen bis zu dem Zeitpunkt, wo das Vermögen-Übergab- und Uebernahme-Operat beraten werden wird.

Der letztere Antrag, so wie die vom Referenten vorgeschlagene Anleihe in der Sparkasse, wird genehmigt.

4. Die Entscheidung über ein Gesuch um die Ausfertigung einer Löschungs-Entscheidung bezüglich einer, auf dem Hause Nr. 22 in Umad intabulirten Forderung der Gemeinde per 100 fl. aus dem J. 1829 wird vertagt, bis ermittelt ist, ob diese Schuld bereits beglichen, oder nur aus Versehen aus der Vor-schreibung gekommen sei.

5. Die Verpachtung eines Lokales im Bürger-spitalsgebäude um den jährlichen Zins von 40 fl. auf 3 Jahre wird nach dem Antrage der Sektion genehmigt.

6. Ueber die Bitte mehrerer Hausbesitzer um einen Gemeindefürtrag zu den Kosten der Abtragung des mittelalterlichen Schwibbogens am Ende der Schneidergasse, dessen Entfernung aus sanitätspolizeilichen, sowie aus Stadtverschönerungs-Rücksichten wünschenswerth wäre, wird eine solche Subvention gegen die Anträge der Herren Heimann und Horak, welche eine solche verneinen, nach dem Antrage des GR. Lukmann zugesichert, die Höhe derselben aber soll erst dann bestimmt werden, wenn der Kosten-Überschlag und das Resultat der, unter den Interessenten einzuleitenden Subskription vorliegen wird.

7. Die Verpachtung eines Gemeinde-Terrains an die Zwangsarbeitshaus-Verwaltung wird genehmigt.

8. Der Antrag der Finanz-Sektion auf Abtragung des Schweinmarktes in eigener Regie und Verkauf des gewonnenen Düngers im Lizitationswege, wird angenommen.

Die, bei dieser Gelegenheit angeregte Frage, ob der Schweinmarkt nicht sogleich in den Zoischen Gräben zu verlegen wäre, wo durch die Begränzung des dort bestehenden Oberamts-Magazines ein passender und unbenützter Gemeindeplatz entständen ist, wird der Sektion IV zur Vorberatung und Referirung zugewiesen.

9. Den zwei, beim Magistrate außer Verwendung kommenden Diurnisten, wird jedem eine Abfertigung von 60 fl. flüssig gemacht.

10. Dem Gesuche eines Amtsdieners um eine Remuneration für seine außerordentliche Verwendung bei Besorgung der Dehlbeleuchtung in eigener Regie, wird keine Folge gegeben.

11. Ueber das Gesuchen der Magistrats-Dienner um eine Theuerungsentschuldigung, wird die vorläufige Erhebung veranlaßt, welche von den Bittstellern einer Unterstützung bedürftig und würdig erscheinen. (Schluß folgt)

Theater.

Heute, Samstag: Der Liebeszauber, Op. in drei Akten, von Ferdinand Quapert. — Heute: Die Dame von Rittberg, Lustspiel in 2 Akten, von G. Julius.

Morgen, Sonntag: Der Mordetempel, Posse mit Gesang in 3 Akten, von A. Bittner und Berla.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Dr. Stg. Abbbl.) Die Börse eröffnete in einer günstigen Stimmung, die sich auch bei den Bayern behauptete, während in den Valu- ten wieder ein Rückschlag eintrat. Staatspapiere durchschnittlich um ein Viertel Prozent und auch darüber besser bezahlt. In Kredit-Aktien lebhafter Kauf- lust zu höheren Preisen, Bank-Aktien um 5 fl. Donau-Dampfschiff-Aktien um 2 fl. höher. Fremde Valuten anfangs um ein Halbes, zuletzt kaum noch um ein Viertel Prozent billiger als gestern. Geld sehr flüssig.

Öffentliche Schuld.				Geld Markt				Geld Markt			
A. des Staates (für 100 fl.)											
In österr. Währung zu 5%	62.65	62.75		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	165.50	166.00	
5% Anleihe von 1861 mit Rückz.	87.70	87.90		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
National-Anleihen mit				Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
Jänner-Coup.	81.80	81.90		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
National-Anleihen mit				Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
April-Coup.	81.65	81.75		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
Metalliques	67.70	67.80		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
ditto mit Mai-Coup.	67.80	67.90		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
ditto	59.25	59.35		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
mit Verlosung v. J. 1839	122.50	122.60		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
" " 1854	88.75	88.85		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
" " 1860 zu	82.60	82.70		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
" " zu 100 fl.	89.90	90.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
Commodentensch. zu 42 L. austr.	17.50	18.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00		Öst. Don.-Dampfsch.-Gef. m. 140 fl. (70%)	426.50	427.00	
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Aktien (pr. Stück).				Wechsel.			
Grundentlastungs-Obligationen.				Nationalbank	749.00	750.00		Frankfurt a. M., 100 fl. südd. W.	118.75	118.85	
Nieder-Österreich zu 5%	88.50	89.50		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu	182.30	182.40		Frankfurt a. M., 100 fl. südd. W.	118.75	118.85	
Ob. Öst. und Salz.	88.00	88.50		200 fl. d. W. (ohne Div.)	182.30	182.40		Hamburg, für 100 Mark Banco	104.85	104.90	
				R. d. Gescom.-Gef. z. 500 fl. d. W.	591.00	592.00		London, für 10 Pf. Sterling	140.35	140.40	
				R. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. G.M.	2137.00	2138.00		Paris, für 100 Francs	55.30	55.40	
				Staats-Gef. z. 200 fl. G.M.	277.50	278.00		Cours der Geldsorten.			
				Kais. Gf.-Bahn zu 200 fl. G.M.	158.50	159.00		R. Münz-Dufaten 6 fl. 63 fr.	6 fl. 64	Mr.	
				Süd-nordb. Verb.-B. 200	121.00	121.25		Kronen	19	25	
				Südl. Staats-lomb.-ven. u. Cent.	ital. Gf. 200 fl. d. W.	500 fr.		Napoleon'sdor	11	15	
				m. 140 fl. (70%)	Ginzhaltung	260.00	261.00	Russ. Imperiale	11	46	
								Bereinsthaler	2	9 1/2	
								Silber-Ragio	139	50	

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 6. Dezember 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 67.65	Silber . . . 140.50
5% Nat.-Anl. 81.65	London . . . 141.25
Bankaktien . . 750.00	R. f. Dufaten 6.69
Kreditaktien 180.30	

Fremden-Anzeige.
Den 5. Dezember 1861.

Hr. Baron Gablenz, k. k. General-Major, aus Italien. — Hr. Puovan, Realitätenbesitzer, von Innerkrain. — Die Herren: Dollenz, Privatier, und — Sifful, Agent, von Triest. — Hr. Kottinig, Handelsmann, von Oberlaibach. — Hr. Stegner, Handelsmann, von Brünn. — Die Herren: Schwarz, Handelsmann, und — Proffen, Agent, von Wien. — Hr. Blaschich, Agent, von Ugram. — Hr. Corado, von St. Vito. — Hr. Alvensberg, Private, von Marburg.

Verzeichniß der hier Verstorbenen.
Den 29. November 1861.

Vertraud Franz, Einwohnerin, alt 45 Jahre, im Zivilspital Nr. 1, an der Lungensucht. — Dem Herrn Johann Pogatschnig, bürgerl. Gold- und Silberarbeiter, seine Gattin Josefine, alt 35 Jahre, in der Stadt Nr. 167, an der Lungensucht.

Den 30. Dem Herrn Josef Vidiz, Magistrats-Sekretär, sein Kind Sofia, alt 6 Monate und 17 Tage, in der Stadt Nr. 273, am Scharlach. — Maria Peiermel, Einnehmerstochter, alt 24 Jahre, im Zivilspital Nr. 1, am Eiterungsieber.

Den 1. Dezember. Herr Johann Dangel, Handlungs-Kommiss, alt 20 Jahre, in der Stadt Nr. 271, an der Gehirn-Lähmung. — Dem Angelo Piraniolo, Magazinswächter, seine Tochter Maria, alt 21 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 7, am akuten Lungenodem. — Franz Reinhard, Kellner alt 24 Jahre, im Zivilspital Nr. 1, an der Lungensucht.

Den 2. Dem Herrn Josef Kozlenghar, Bäckermeister, seine Tochter Franziska, alt 18 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 26, am Zehrfieber.

Den 3. Mariana Terdin, Einwohnerin, alt 71 Jahre, in der Gradtscha-Vorstadt Nr. 65, am Schlagfluß.

Den 4. Dem Andreas Mediz, Meßner, sein Kind Alois, alt 4 Jahre und 5 Monate, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 77, am Scharlach.

Anmerkung. Im Monate November 1861 sind 64 Personen gestorben.

FERDINAND MALAHOVSKY,
bürgerl. Orgelbauer,
gibt sich hiemit die Ehre anzuzeigen, daß er seine Wohnung vom Jahrmarkts-Platz in sein eigenes Haus Nr. 80, St. Peters-Vorstadt, übertragen habe; er empfiehlt sich zugleich der P. T. hochw. Geistlichkeit, den geehrten Herren Kirchen-Vorstehern und allen Musikfreunden zu allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten und bittet um den altbewährten geneigten Zuspruch.
Laibach den 2. Dezember 1861.

3. 452. a (1)

VORLETZTE WOCH

zum Ankauf von Losen der sechsten von der k. k. Lotto-Gefälls-Direktion garantirten

großen Lotterie

für gemeinnützige und Wohlthätigkeitszwecke

Es gewinnen 4534 Treffer zusammen

300.000

Gulden öst. Währ., und zwar Treffer:

1 mit 80000 fl.	2 à . . . 500 fl.	16 à . . 1000 fl.	200 à . . 50 fl.
1 " 30000 "	3 à . . . 400 "	50 à . . 500 "	2000 } Serien- 10 "
1 " 20000 "	4 à . . . 300 "	100 à . . 200 "	2000 } Gewinn- 5 "
1 " 10000 "	5 à . . . 200 "	150 à . . 100 "	2000 }

Ziehung unwiderruflich am 21. Dezember 1861.

Preis eines Loses 3 Gulden Oesterr. Währ.

Nicht eine Privat-, sondern Staats-Lotterie. — Es besteht nur eine Gattung Lose ohne Klassen-Unterschied. — Nur ein Lospreis. — Jedes Los spielt in einer einzigen Ziehung auf alle Gewinnste. — Jede Los-Nummer einer gehobenen Serie kann nebst dem Serien-Gewinne auch einen großen Treffer machen. — Als bald nach der Ziehung wird das Gewinnst-Verzeichniß ausgegeben. — Vierzehn Tage nach der Ziehung erfolgt gegen Beibringung der mit den gesetzlichen Stempelmarken auf der Rückseite versehenen Original-Lose, bei der Kasse der Lotterie Wien (Salzgries Nr. 184), die Auszahlung der Gewinnste. — Alle Gewinnste, welche binnen 6 Monaten nach der Ziehung, also bis zum 21. Juni 1862, aus was immer für einem Grunde nicht behoben wurden, verfallen nach §. 11 des Spiel-Programmes zu Gunsten der mit dieser Lotterie allergnädigst bedachten öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalt. — Das Nähere ist aus dem Spiel-Programme ersichtlich, welches bei allen Absatz-Organen ausliegt und den angekauften Losen beigegeben wird.

k. k. Lotto-Gefälls-Direktion in Wien.

3. 458. a (1)

An die

verehrten Bewohner Laibach's.

Der herannahende Jahreswechsel und mit diesem die altherkömmliche löbliche Sitte, sich mittelst Armenspenden von den

Neujahrs-, Geburts- und Namensfest-Gratulationen

durch Erlaßkarten zu entheben, gibt der Armeninstituts-Kommission den Anlaß zur Bitte, die verehrten Bewohner Laibach's wollen sich auch für das nächste Jahr in gleich mildthätiger Weise betheiligen.

Die Erlaßkarten — ohne der Großmuth Schranken zu setzen — à 35 Neukreuzer, sind vom 10. Dezember l. J. bis 15. Jänner l. J. in der Handlung des Herrn Josef Karinger am Hauptplatze zu bekommen.

Die Namen der Wohlthäter werden in üblicher Weise zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Laibach am 4. Dezember 1860.

Von der Armeninstituts-Kommission.
Der Bürgermeister: Ambrosch.

Nr. 7765.